

„Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen“ Sachstand der Entscheidungen in den Fachausschüssen / März 2015

C. Maßnahmenempfehlungen

die als nicht erforderlich beurteilt werden, bzw. eine mittlere oder geringe Priorität haben und bei denen die Verwaltung teilweise aufgefordert ist, zum gegebenen Zeitpunkt einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Ausschuss/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Bestandsaufnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
AVR 11	4.3 Religiöse Partizipation	Gründung einer AG zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit	Nicht erforderlich	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen.	Der AVR (08.12.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen.
GA 7	7. Gesundheit	Beteiligung der Krankenkassen an Co-Finanzierungen	Nicht erforderlich	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen.	Der GA (09.12.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen.
KuKu 2	9. Kultur	Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit etc.	Nicht erforderlich	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen	Der KuK (04.12.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen
KuKu 3	9. Kultur	Förderkonzept ‚Interkulturelle Kunstprojekte‘	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 10.000,- €/Jahr (als anteilige Finanzierung der Verwaltungsstelle Interkultur)	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Verwaltung wird aufgefordert, das vorhandene Förderkonzept zu beachten und wieder eine zielgerichtete Förderung Interkultureller Kunstprojekte mit eigener Spartenzuständigkeit (koordiniert mit 1/2 Stelle = ca. 30.000,- €) und einem Förderbudget in Höhe der ursprünglich dafür vorgesehenen 130.000,- €/Jahr sicher zu stellen. Die	Der KuK hat zum Änderungsantrag noch nicht beraten.

Aus- schus s/ lfd. Nr.	Bezugs- kapitel im MNP – Be- standsau fnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
				aktuell von der Verwaltung praktizierte Aufteilung und Vergabe des Förderbudgets innerhalb der Sparten ist nicht zielführend und verhindert die Entwicklung und Etablierung interkultureller Kunstprojekte.“	
KuKu 4	9. Kultur	Konzeptentwicklung mit Interkultureller Szene und Akademie der Künste	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich - Zusetzung einer Verwaltungskraft für Interkultur	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung in ‚Hohe Priorität‘	Der KuK hat zum Änderungsantrag noch nicht beraten.
KuKu 5	9. Kultur	Erhebung und Analysen von kulturellen Präferenzen und Kulturnutzung, durch die Akademie der Künste	Die Akademie der Künste der Welt agiert autonom.	Der IR beschließt: „Die Ratsmitglieder im Aufsichtsrat der Akademie der Künste werden gebeten, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Maßnahmenempfehlung entsprechend umgesetzt wird.“	Der KuK hat zum Änderungsantrag noch nicht beraten.
SuW 9	8.4 Pri- mar + 8.5 Sek. I + 8.6 Sek. II	Einrichtung eines ‚Runden Tisches für Beschulung und Betreuung von neu zugewiesenen Kindern und Jugendlichen	Mittlere Priorität; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen	Der SuW (24.11.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen
SuW 10	8.4 Pri- marstufe	Förderung der Zweisprachigkeit	Keine städtische Zuständigkeit; die vorgeschlagenen Maßnahmen werden bei der Schulaufsicht gemeldet und für deren Umsetzung geworben.	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.	Der SuW (24.11.14) beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.
SuW 11	8.4 Pri- marstufe	Koordinierte Alphabetisierung und Erlernen der	Keine städtische Zuständigkeit; die vorgeschlagenen Maßnah-	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen	Der SuW (24.11.14) beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015

Ausschuss/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Bestandsaufnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		deutschen Sprache in der Grundschule (KOALA)	men werden bei der Schulaufsicht gemeldet und für deren Umsetzung geworben.	Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.	einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.
SuW 12	8.5 Sek. I + 8.6 Sek. II	Unterstützung der Elternarbeit zur Berufsorientierung durch eine Koordinierung	Keine städtische Zuständigkeit; die vorgeschlagenen Maßnahmen werden bei der Schulaufsicht gemeldet und für deren Umsetzung geworben.	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.	Der SuW (24.11.14) beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.
SuW 13	8.5 Sek. I + 8.6 Sek. II	Unterstützung der Elternarbeit zur Berufsorientierung	Keine städtische Zuständigkeit; die vorgeschlagenen Maßnahmen werden bei der Schulaufsicht gemeldet und für deren Umsetzung geworben.	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.	Der SuW (24.11.14) beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.
SuW 14	8.5 Sek. I + 8.6 Sek. II	Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit den Sekundarstufe I + II	Keine städtische Zuständigkeit; die vorgeschlagenen Maßnahmen werden bei der Schulaufsicht gemeldet und für deren Umsetzung geworben.	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.	Der SuW (24.11.14) beschließt: „Die Verwaltung wird gebeten, im Sommer 2015 einen Bericht über die durchgeführten Gespräche, sowie einen Sachstand zur weiteren Entwicklung zu geben“.
SoSe 14	5.3 Sozialraumkoordination	Wiedereinstellung eines Verfügungsfonds für die Sozialraumgebiete <i>Kosten: 220.000,- €/Jahr</i>	Nicht erforderlich; Sollte die Maßnahme abweichend der Empfehlung der Verwaltung umgesetzt werden, ist dies nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich.	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen	Der SuW (24.11.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen
SoSe 15	4.2.1 Interkulturelle Zentren	Vernetzung mit Angeboten und Institutionen im Sozialraum	Mittlere Priorität; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen	Der SoSe (27.11.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen
SoSe 16	4.2.1 Interkulturelle Zentren	Öffnung der Zentren hin zu den sozialen Diensten im Bereich der Pflege und offenen Altenarbeit	Mittlere Priorität; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Der IR beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen	Der SoSe (27.11.14) beschließt die Maßnahmenempfehlung nicht umzusetzen

Aus- schus s/ lfd. Nr.	Bezugs- kapitel im MNP – Be- standsau fnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
SoSe 17	4.3 Reli- giöse Partizipa- tion	Gründung eines interreligi- ösen Runden Tisches	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzli- cher Mittel möglich; Kosten: 1.000,- €/ Jahr zusätzlich ab 2015	Der IR beschließt die Maßnahmen- empfehlung nicht umzusetzen	Der SoSe (27.11.14) beschließt die Maß- nahmenempfehlung nicht umzusetzen
SoSe 18	10.1 Älte- re Migrant/- innen Beratung 10.2 Älte- re Migrant/- innen - mobile Pflege 10.3 Älte- re Migrant/- innen stat. An- gebote	Beauftragung der Interkul- turellen Zentren mit dem Aufbau und der Vernetzung	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 1.200 €/Jahr für die beteiligten Zentren	Der IR beschließt die Maßnahmen- empfehlung nicht umzusetzen	Der SoSe (27.11.14) beschließt die Maß- nahmenempfehlung nicht umzusetzen
SoSe 19	5.1 Wohn- en und Stadtent- wicklung	Beauftragung einer Kölner Studie, inwieweit eine Un- gleichbehandlung von Köl- ner/-innen mit Zuwande- rungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt gegeben ist	Keine Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: ca. 40.000,- €	Der IR beschließt die Maßnahmen- empfehlung nicht umzusetzen	Der SoSe (27.11.14) beschließt die Maß- nahmenempfehlung nicht umzusetzen
SteA 1	5.1 Wohn- en und Stadtent- wicklung	Bürgerbeteiligungsverfahren sollen auch Menschen mit Migrationshintergrund erreichen	Mittlere Priorität – wird teilweise schon umgesetzt; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzli- cher Mittel möglich.	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung der Verwaltung in „Hohe Priorität“: Bürgerbeteiligungsverfahren	Der SteA (27.11.14) bittet die Verwaltung einen kurzen Sachstandsbericht zu ge- ben. Der SteA (18.03.15) nimmt die Beantwor-

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugs- kapitel im MNP – Be- standsau- fnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
			Es wird von einer vorsichtig geschätzten Höhe von 20.000,- € / Jahr ausgegangen.	im Rahmen von Bauleitverfahren führen in ihrer heutigen Form zu einer mangelnden Repräsentativität von Beteiligungsprozessen und deren Ergebnissen. Dieses ist ein generelles Problem welches beispielsweise auch an Vorschlägen zum Bürgerhaushalt abzulesen ist, welche schwerpunktmäßig aus bevorzugten Wohnlagen kommen. Aus diesem Grund wird die Stadtverwaltung aufgefordert, bei der geplanten Neudefinition von Beteiligungsverfahren, die Interessen bisher weniger beteiligter Bevölkerungsgruppen und damit auch die Interessen von Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen.	tung der Anfragen (0761/2015) zur Kenntnis.
SteA 2	5.1 Wohnen und Stadtentwicklung	Berücksichtigung der interkulturell bedingten unterschiedlichen Bedarfe bei der Nutzung des öffentlichen Raums.	Mittlere Priorität; die erforderlichen Ressourcen können derzeit nicht beziffert werden	Der IR beschließt: „Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Pilotprojekt zur Gestaltung eines geeigneten öffentlichen Raums vorzulegen, wie den Bedürfnissen einer veränderten ethnisch-demographischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung Rechnung getragen werden kann (Plätze, Grünanlagen und Spielplätze).“	Der SteA (27.11.14) bittet die Verwaltung einen kurzen Sachstandsbericht zu geben. Der SteA (18.03.15) nimmt die Beantwortung der Anfragen (0761/2015) zur Kenntnis.